

Französisches Bündnis für einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Palästinensern und Israelis

Drei Monate Massaker an der Bevölkerung von Gaza: Ein Verbrechen gegen die gesamte Menschheit vor unseren Augen.

Die Mitglieder des Nationalen Bündnisses für einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen Palästinensern und Israelis (CNPJDPI), darunter Attac Frankreich, rufen dazu auf, am 13. Januar überall in Frankreich ihre Unterstützung für die Palästinenserinnen und Palästinenser zu demonstrieren.

Der Staat Israel führt seit über drei Monaten einen grausamen und verbrecherischen Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza. Bisher wurden **23.000 Tote** gezählt, davon mehr als 70% Frauen und Kinder, **59.000 Verletzte** und **8.000 Vermisste**. Hunderte von Familien wurden ausgelöscht, **mehr als 100 Journalisten und über 300 Ärzte und Beschäftigte im Gesundheitswesen wurden getötet**.

85% der Bevölkerung wurden gezwungen, ihre Häuser zu verlassen. Die Bevölkerung befindet sich in völliger Unsicherheit, ist in Zelten oder Notunterkünften zusammengepfercht, ständigen Bombardierungen ausgesetzt und der Zugang zu Wasser, Nahrungsmitteln, Medikamenten, Strom und Treibstoff wird ihr vorenthalten. Immer mehr internationale Organisationen und Experten berichten von einem stattfindenden Völkermord.

Von Tausenden Menschen, die von der israelischen Armee unter unmenschlichen und entwürdigenden Bedingungen festgenommen und an unbekannte Orte verschleppt wurden, fehlt jede Spur.

Universitäten und Schulen wurden besonders ins Visier genommen, die meisten Krankenhäuser wurden bombardiert oder unbrauchbar gemacht, die Hälfte der Wohnungen ist zerstört. Ein Großteil der Infrastruktur wurde zerstört oder unbrauchbar gemacht.

Wie der UN-Koordinator für humanitäre Angelegenheiten, Martin Griffiths, betonte, ist der Gazastreifen "einfach unbewohnbar geworden, er ist ein Ort des Todes und der

Verzweiflung" und seine Bewohner "sind vor den Augen der Welt täglich Bedrohungen ausgesetzt".

Die Absicht, die palästinensische Bevölkerung aus dem Gazastreifen zu vertreiben, wird heute von mehreren Ministern der israelischen Regierung öffentlich bekräftigt. Der Internationale Gerichtshof, der von Südafrika angerufen wurde, prüft in einem Dringlichkeitsverfahren die Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord, die der Staat Israel an der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen begangen hat, sowie die Mittel zu deren Beendigung. Andere Staaten schlossen sich an.

Im belagerten Westjordanland leidet die palästinensische Bevölkerung unter den kombinierten Angriffen der Armee und der Siedler, die seit dem 7. Oktober mehr als **330 Todesopfer** gefordert haben. Der Siedlungsprozess erfährt eine besonders besorgniserregende Beschleunigung mit **neun neuen illegalen Siedlungen in den letzten drei Monaten und der gezielten Zerstörung palästinensischer Felder**.

Wir verurteilen diesen Prozess der ethnischen Säuberung.

Seit dem 7. Oktober wurden mehr als 5.000 Palästinenser/innen von der Besatzungsarmee festgenommen. Nahezu 10 000 Palästinenser/innen werden von Israel unter unmenschlichen Bedingungen und unter Missachtung des Völkerrechts gefangen gehalten.

Alle palästinensischen politischen Gefangenen und alle israelischen zivilen Geiseln müssen freigelassen werden.

ES IST HÖCHSTE ZEIT ZU HANDELN

Wir verurteilen die aktive Mittäterschaft der Vereinigten Staaten, die Israel Waffen und Munition finanzieren und liefern und die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats für einen Waffenstillstand blockieren.

Wir verurteilen die zweideutige Haltung der französischen Regierungsstellen, die diese Aggression unterstützt hat und sich für eine humanitäre Waffenruhe ausspricht, ohne einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern.

Wir fordern einen vollständigen und dauerhaften Waffenstillstand für den Gazastreifen, ein endgültiges Ende der Bombardierungen, der Bodenooffensiven und der Zwangsumsiedlungen.

Wir fordern den sofortigen und uneingeschränkten Zugang für humanitäre Nothilfe und die dauerhafte Aufhebung der Blockade des Gazastreifens.

Wir fordern den Schutz des palästinensischen Volkes, sei es in Gaza, im Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem oder in Israel selbst.

Wir fordern, dass Frankreich und die Europäische Union handeln, indem sie sofort jegliche militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit dem Staat Israel einstellen und Sanktionen gegen den Staat Israel verhängen, darunter die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel.

Wir fordern die französischen Regierungsstellen auf, sich dem Vorgehen Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof anzuschließen. Ein gerechter und dauerhafter Frieden wird nur im Rahmen der Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes, insbesondere seines Rechts auf Selbstbestimmung, möglich sein. Er beinhaltet den Abbau der Siedlungen und das Ende der israelischen Besatzung sowie die Einhaltung aller UN-Resolutionen, einschließlich der Resolution 194, die das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr vorsieht.

Vollständiger, sofortiger und dauerhafter Waffenstillstand!

Endgültige Beendigung des Krieges gegen das palästinensische Volk und der Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung!

Sofortige, vollständige und dauerhafte Aufhebung der Blockade des Gazastreifens!

Schutz des palästinensischen Volkes in Gaza und im Westjordanland!

Sofortige Einstellung jeglicher militärischer Zusammenarbeit, Sanktionen gegen Israel!

Wir rufen dazu auf, überall in Frankreich auf der Grundlage dieses Aufrufs zu demonstrieren und sich zu versammeln. In Paris rufen wir zu einer Demonstration am Samstag, den 13. Januar, um 14.30 Uhr ab dem Platz der République auf.

Paris, den 9. Januar 2024

Agir Contre le Colonialisme Aujourd'hui (ACCA) – AFD International – AILES Femmes du Maroc - Américains contre la guerre (AAW) - Association des Travailleurs Maghrébins de France (ATMF) - Association des Tunisiens en France (ATF) - Association France Palestine Solidarité (AFPS) - Association pour la Taxation des Transactions financières et pour l'Action Citoyenne (Attac) - Association pour les Jumelages entre les camps de réfugiés Palestiniens et les villes Françaises (AJPF) - Association des Universitaires pour le Respect du Droit International en Palestine (AURDIP) - Cedetim / IPAM - Collectif des Musulmans de France (CMF) - Collectif Faty Koumba : Association des Libertés, Droits de l'Homme et non-violence - Collectif Judéo-Arabe et Citoyen pour la Palestine (CJACP) - Collectif Paix Palestine Israël (CPPI Saint-Denis) - Comité de Vigilance pour une Paix Réelle au Proche-Orient (CVPR PO) - Comité Justice et Paix en Palestine et au Proche-Orient du 5e arrt (CJPP5) - Confédération générale du Travail (CGT) Droit-Solidarité – Ensemble ! Mouvement pour une alternative de gauche écologiste et solidaire - Europe Ecologie les Verts (EELV) – Fédération des Tunisiens pour une Citoyenneté des deux Rives (FTCR) – Fédération Syndicale Unitaire (FSU) - Forum Palestine Citoyenneté - La Courneuve-Palestine – La France Insoumise (LFI) - le Mouvement de la Paix - les Femmes en noir (FEN) - Ligue Internationale des Femmes pour la Paix et la Liberté, section française de la Women's International League for Peace and Freedom (WILPF) (LIFPL) - Mouvement contre le Racisme et pour l'Amitié entre les Peuples (MRAP) - Nouveau Parti Anticapitaliste (NPA) - Organisation de Femmes Egalité - Parti Communiste des Ouvriers de France (PCOF) - Parti de Gauche (PG) - Participation et Spiritualité Musulmanes (PSM) –Sortir du colonialisme - Union des communistes libertaires (UCL) - Union des Travailleurs Immigrés Tunisiens (UTIT) – Union Juive Française pour la Paix (UJFP) - Union Nationale des Etudiants de France (UNEF) – Union Syndicale Lycéenne (USL) - Union syndicale Solidaires

<https://france.attac.org/actus-et-medias/le-flux/article/trois-mois-de-massacres-contre-la-population-de-gaza-un-crime-contre-toute->